

Verlag: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Umf. 10 Pf.
A außerhalb 15 Pf.



Freiheitsskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Die für Ihren Verbreitungsbezirk beschließende bestimmte Zeitung zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Oberfinanzpräsidenten zu Dresden und Leipzig, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen Dresden und Leipzig, der Reichsbauämter Dresden und Leipzig und der Bezirksstellen Dresden, Leipzig und Chemnitz

Bezugspreis: monat 2,40 RM. (einschl. 41 Pf. Wertsteuern nach dem Trägertarife). Durch die Post 2,40 RM. einzeln 45 Pf. Zeitungsgeld. (einschl. 42 Pf. Wertsteuern). Bei Abholung in amt. Geschäftsstellen 2 RM. Uebernimmt täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterhalten wendet sich der Abonnent an den Verlag auf Rückzahlung der Bezugsgebühr oder auf Umlieferung.

Nr. 176, Mittwoch, 30. Juni 1937

Anzeigenpreise lt. amtl. Verord. Nr. 16. Einzelzeile am Tage vor Ersch. 15 Hfr., 1. d. Sonntagsausg. freitags 17 Hfr., 1. d. Montagsausg. sonntags 15.30 Hfr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH, Dresden-St. 1, Weitzsiedl 18, Postfach Dresden 29175, Heideplatz 8-15 Uhr. Sprechst. Schriftleitung 11-12 Uhr außer Sonntags. Anruf: Sammelruf 25 801 u. 25 281

Frankenabwertung beschlossene Sache

Reichsmutterschule Oberbach eröffnet — Kanadas Ministerpräsident beim Führer

Katastrophale Finanzlage in Paris

Paris, 29. Juni
Die Regierung Chautemps hat sich angesichts der katastrophalen Finanzlage Frankreichs zu entscheidenden Maßnahmen entschließen müssen, die in erster Linie der Sicherung des Frankendienstes dienen sollen. Das jüngst von der Regierung Blum eingebrachte und vom Senat abgelehnte Ermächtigungsgesetz ist in erweiterter und wesentlich verschärfter Form erneut der Kammer vorgelegt worden, die bereits seit Dienstagmorgen über die neue Vorlage berät.

Finanzminister Bonnet brachte die Ermächtigungsvorlage am Dienstagmorgen in der Kammer ein. Vorher verlas Ministerpräsident Chautemps eine Erklärung der Regierung, die in außenpolitischer Beziehung keine neuen Gesichtspunkte brachte. Das neue Ermächtigungsgesetz wurde als ein umfassender Plan bezeichnet, der geeignet sei, eine dauerhafte Gesundung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage herbeizuführen und das unentbehrliche Vertrauen des Landes in sich selbst und seine Zukunft zu stärken.

ohne jeden Verzug benötige, da die Lage sich von Tag zu Tag verschärfen würde. Bonnet teilte zur Ueberraschung der Kammerkommission ferner mit, daß der Währungsauflagefonds über keinerlei Gold gegenwärtig verfüge und daß der ordentliche Haushalt einen Fehlbetrag von etwa 6 bis 10 Milliarden Franken und der außerordentliche Haushalt einen Fehlbetrag von ungefähr 8,5 Milliarden Franken aufweise.

Frankreich in der Staatskrise

Von unserem Pariser Vertreter
HW Das Kabinett Chautemps hat keinen leichten Start. Es beschneidet nur eine neue Etappe, vielleicht eine ziemlich kurze innerhalb des „Vollfront“-Regimes, das heißt: innerhalb der sozial- und innerpolitischen Krise, die heute Frankreich erschüttert und die längst, über die Schwierigkeiten eines Systems hinaus, den Charakter einer Staatskrise angenommen hat. Als wenn es notwendig gewesen wäre, diesen Umstand besonders deutlich vor Augen treten zu lassen und die aktuellen, aus der Finanz- und Währungsnot bedingten Schwierigkeiten noch durch grundsätzliche Probleme zu belasten, hat die Blum-Partei jedoch den Kampf um die Stellung des Senats eröffnet, womit eines der heikelsten Kapitel einer Staatsreform angeschnitten worden ist. Es handelt sich durchaus nicht nur um eine „Rache“ für den Sturz der Blum-Regierung, sondern mindestens ebenso stark um den Widertritt zweier Anschauungen, die sich überall entgegenstehen und von denen eine „Fortentwicklung“ der Dritten Republik nach verschiedenen Richtungen angestrebt wird.

Wie aus den Mitteilungen hervorgeht, die Finanzminister Bonnet inzwischen dem Finanzausschuß der Kammer machte, will die Regierung auf die währungsrechtliche Mindestgrenze verzichten, die den Wert des Frankens auf 48 bis 49 Milliarden Gold festsetzte; das kommt praktisch einer neuen, einschneidenden Abwertung gleich.

Schließlich stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage zur Verschiebung der Aussprache über die vorliegenden Anträge, worauf die Kammer sofort in die Abstimmung eintrat. Mit 393 gegen 142 Stimmen wurde im Sinne der Regierung die Verschiebung der Aussprache beschlossen.

Als dann gab der Finanzminister seine geplanten Maßnahmen bekannt: Erhöhung der Verschuldung der Bank von Frankreich an den Staat um 10 Milliarden Franken, Ausfüllung des Haushaltsfehls durch Reformen der Ausgaben und Steuern, Verzicht auf die währungsrechtliche Mindestgrenze, die den französischen Franken auf einen Kurs zu 48 bis 49 Milliarden Gold ansetzt.

Als Mitglieder des Finanzausschusses fragten, ob diese Maßnahmen im Einvernehmen mit den Mitunterzeichnern des Währungsabkommens geplant sei, erwiderte Bonnet, daß der englische Ministerpräsident Chamberlain und der amerikanische Schatzsekretär Morgenthau eine diesbezügliche Erklärung abgeben würden. Im übrigen betonte Finanzminister Bonnet noch, daß er jede neue Ausgabe verweigere und daß er gegen die Zwangsnotenerklärung der Renten sei.

Die Sozialdemokraten geschlossen für Chautemps

Eine erste Ueberraschung gab es im Finanzausschuß der Kammer, als sich bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz zunächst nur eine knappe Mehrheit von 17 gegen 16 Stimmen ergab; drei sozialdemokratische Abgeordnete, die sich von ihren Parteifreunden getrennt, der Stimme enthalten hatten, berichtigten jedoch zur allgemeinen Ueberraschung ihre Stimmabgabe und erklärten nachträglich, für den Entwurf gestimmt zu haben, so daß dieser nach dem endgültigen Ergebnis mit 20 gegen 15 Stimmen bei 6 Stimmenthaltenen angenommen wurde. Fünf Enthaltungen entfielen dabei auf die Kommunisten und eine auf den Abgeordneten Candace (Demokratische Linke).

Die untere Grenze des Frankenkurses, wie sie im Rahmen des Dreimächte-Währungsabkommens festgelegt worden war, zu beibehalten.

Bezeichnender Zwischenfall im Senat

Immer wieder macht sich der unheilvolle Zwiespalt geltend, der über dem neuen Kabinett und seinem Arbeitsprogramm liegt. Er wurde wirksam illustriert durch einen Zwischenfall im Senat, der den schroffen Gegensatz zwischen den marxistischen Gruppen und den regierenden Radikalsocialisten offenbarte. Der bisherige Ministerpräsident Blum, der als Vizepräsident die Regierungserklärung im Senat vorlesen sollte, weigerte sich in letzter Stunde, dort aufzutreten, nachdem bekannt geworden war, daß die Senatsmehrheit die marxistischen Angriffe auf die verfassungsmäßigen Vollmachten des Senats zur Sprache bringen wollte. In seiner Stelle mußte der radikalsozialistische Minister Sarraut die Regierungserklärung vorlesen.

Offensichtlich unter dem Eindruck dieser „Panne“ beschloß die sozialdemokratische Kammergruppe nachts nach einstündiger Beratung, unter allen Umständen für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, auch wenn sich die kommunistische Kammergruppe geschlossen der Stimme enthalten sollte.

Bonnet teilte ferner mit, daß zwischen dem 1. und 22. Juni Gold im Gesamtwerte von 5200 Millionen Franken aus dem Lande floß. Zwischen dem 23. Juni und dem 28. Juni sind weitere 2500 Millionen Franken an Gold verloren gegangen. Am Dienstagmorgen waren nur noch etwa 20 Millionen Franken Barbestand im Schatzamt vorhanden, so daß dieses zur Durchführung der am Monatsende fälligen Zahlungen 400 Millionen Franken bei der Kasse für Staatsdepósitos aufnehmen mußte.

Der Abgeordnete Hubert hat einen Ergänzungsentwurf zum Finanzermächtigungsgesetz der Regierung eingebracht, durch den dieser bis zum 31. August auf die Vollmacht erteilt werden soll, jede öffentliche Kundgebung zu verbieten, und zwar gleichwohl ob bei ihr ein Mitglied der Regierung oder des Parlaments den Vorsitz führt.

Stahlwerk durch Sabotage lahmgelegt

Kritische Wendung im amerikanischen Arbeitskonflikt

New York, 29. Juni
Wie der amerikanische Arbeitsminister jetzt in Washington mitteilte, sind die Versuche der Regierung zur Beilegung des Stahlarbeiterstreiks gescheitert.

Im Zeichen von Volkstum und Kultur

Sachsens Gaukulturwoche vom 9. bis 17. Oktober 1937

Dresden, 29. Juni
Die diesjährige Kulturwoche des Gaues Sachsen, die in Zusammenarbeit mit den Landesleitungen der Reichskulturkammer und unter Förderung von Reichsstatthalter Martin Mutschmann von der Landesstelle Sachsen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, der Gauleitung der NSDAP und dem Heimatwerk Sachsen veranstaltet wird, findet vom 9. bis 17. Oktober statt. Sie steht — aus der Erkenntnis heraus, daß das Volkstum der Quell unserer Kultur ist — unter dem Thema „Volkstum und Kultur“.

der Heimat, in Dresden ein Tag der Jugend, ein Tag der Presse und ein Tag des Handwerks, in Leipzig ein Tag des Rundfunks und ein Tag der Künste, in Plauen ein Tag der Volksmusik und in Chemnitz ein Tag der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

In Johnstown (Pennsylvanien) kam es mehrfach zu Streikunruhen. Dabei bewarfen Streikposten dreiköpfig mit Arbeitswilligen besetzte Automobile mit Steinen. Durch zwei Dynamitexplosionen wurde die von einem elf Meilen entfernten Staubecken nach dem Beküchern Stahlwerk führende Wasserleitung zerstört. Der Betrieb ist durch diesen Sabotageakt auf Wochen lahmgelegt worden.

In dieses Leitthema sind einbezogen: Brauchtum und Sitte, die Kunst als Sinnbild des völkischen Lebens, das Bauen im Spiegel der Landschaft, das Wohnen im Zeichen nationalsozialistischer Lebensführung und schließlich das Handwerk in seiner Wechselbeziehung zur Kultur.

In Dresden wird ferner die Gau-Musik- und Theaterabteilung der Hitler-Jugend durchgeführt.

Die Gau-Kulturwoche wird am 9. Oktober mit einer Kundgebung im Staatlichen Schauspielhaus in Dresden eröffnet. Für den zweiten Tag ist eine Festtagung des Heimatwerkes Sachsen in Bauhen vorgesehen. Am dritten Tag wird die Musik- und Theaterakademie eröffnet, am vierten Tage eine Betriebswanderung. Die folgenden Tage stehen im Zeichen sachlicher Arbeit der einzelnen Landesgruppen der Kulturkammer. Neben Festführungen durch Ausstellungen, finden Festführungen der Landesbühne Sachsen und des Staatstheater statt.

Jeder einzelne Tag der Gau-Kulturwoche steht im Zeichen eines besonderen Tagesprogramms. Es finden statt: in Bauhen ein Tag

Chautemps wird in diesen Tagen nicht nur der Volkstumlichkeit Doumergues, sondern auch seiner Staatsreformerischen Absichten mit Wehmut gedacht haben. In der Tat, die Vermirungen, die das „Vollfront“-Regime in Frankreich angerichtet hat und die von der radikalsozialen Partei trotz ihrer Zugehörigkeit zur Koalition mit sehr gemischten Gefühlen verfolgt werden, hätten sich vielleicht verhindern lassen, wenn Senat und Präsident einen stärkeren Einfluß auf die Staatsgeschäfte hätten ausüben und den demagogischen Treibern der marxistisch beherrschten Kammer Widerstand hätten entgegenbringen können.

Die französische Staatskrise hat jedoch nicht